



**Geschäftsführung
Ausschuss für Bürgerbeteiligung,
Anregungen und Beschwerden**

Frau Möller, Schriftführung

Telefon: (0221) 221-26144

E-Mail: julia.moeller@stadt-koeln.de

Datum: 23.03.2022

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 14.03.2022, 17:36 Uhr bis 18:48 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal- Es stehen begrenzt Plätze für die Öffentlichkeit zur Verfügung. Bitte melden Sie sich bei der Schriftführung per Email an! Medizinische Masken/ FFP2-Masken sind vor-geschrieben. Test oder Immunisierungsnachweis sind erforderlich.

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Max Christian Derichsweiler	GRÜNE
Frau Erika Oedingen	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Frau Bärbel Hölzing	Grüne
Herr Lars Wahlen	GRÜNE
Frau Birgit Bonk	Auf Vorschlag von SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Dr. John Akude	CDU
Herr Stephan Pohl	Auf Vorschlag von CDU
Frau Uschi Röhrig	DIE LINKE
Herr Robert Wande	Auf Vorschlag von FDP
Herr Manfred Kreische	Auf Vorschlag von KLIMA FREUNDE

Beratende Mitglieder

Herr Franz Gebhardt	auf Vorschlag der AfD Fraktion
Herr Piotr Mazar	auf Vorschlag von Die FRAKTION
Herr Stefan Fischer	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Christiane Klingenburg-Steinhausen	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Nils Beuthert	Auf Vorschlag von SPD
Herr Dr. Dieter Brühl	Auf Vorschlag von SPD
Herr Norbert Plützer	Auf Vorschlag von SPD

Herr Heinz Klein	Auf Vorschlag von CDU
Frau Friederike Steinmetz	Auf Vorschlag von CDU
Frau Amina Krolow	Auf Vorschlag von DIE LINKE
Frau Niuscha Arabi	Auf Vorschlag von FDP
Frau Pia Waldhof	Auf Vorschlag von Volt
Herr Andreas Albrecht	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten- politik
Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Peter Mühlens	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Abdullah Aydik	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Achim Schmitz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten- politik

Verwaltung

Herr Dr. Ulrich Höver

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Frau Inge Fuhrmann	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Dieter Schöffmann	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Yvonne Kürpig	Auf Vorschlag von CDU
Frau Eugenie Rempel	Auf Vorschlag des Integrationsrates

Herr Derichweiler, Ausschussvorsitzender, begrüßt die Anwesenden herzlich zur 9. Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden. Da es keine Anmerkungen zur letzten Niederschrift gibt, fragt er die Mitglieder, ob die sehr kurzfristig eingegangene Tischvorlage, nämlich die Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion zum Ratsinformationssystem der Stadt Köln (AN/0577/2022), auf die heutige Tagesordnung gesetzt werden kann, was befürwortet wird. Da es sonst keine weiteren Änderungswünsche gibt, steigt er in die Tagesordnung ein.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

2 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Schaffung von Erholungsorten am Rheinufer (Az.: 02-1600-104/21)
2237/2021

2.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Rad- und Fußgängerüberwege Innerer Grüngürtel (Az.: 02-1600-21/21)
2715/2021

3 Bürgereingabe nach § 25 GO NRW ohne Verwaltungsvorlagen

3.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO - Rechte Fahrspur als Radspur auf der Luxemburger Straße - Aktenzeichen 177/21 B
0685/2022

3.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO - "Bahnsteigverlängerung Linie 13" Aktenzeichen 15-22 B
0683/2022

4 Vorlagen der Verwaltung

5 Anträge

5.1 Schriftliche Anträge

6 Anfragen

6.1 Schriftliche Anfragen

6.1.1 Das Tor zur Kommunalpolitik: Wann wird das Ratsinformationssystem endlich benutzer*innenfreundlicher?
AN/0577/2022

Beantwortung zur Anfrage AN/0577/2022 der SPD-Fraktion vom 09.03.2022
0880/2022

7 Mitteilungen

7.1 Schriftliche Mitteilungen

7.1.1 Systematische Öffentlichkeitsbeteiligung
2. Ausbaustufe Dezernat für Mobilität
0011/2022

7.1.2 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2022"
4449/2021

7.1.3 Liste offener Bürgereingaben gem. § 24 GO NRW für den Ausschuss
0686/2022

7.1.4 Schülerfahrtkostenverordnung NRW
0752/2022

7.1.5 Beratung einer Bürgereingabe 3967/2021 gem. § 24 GO NRW aus dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden vom 06.12.2021
"Testpflicht für Kitas"
4466/2021

7.1.6 Mitteilung über das Bauleitplanverfahren „Östlich Reitweg“ in Köln-Deutz und die Baumfällungen in diesem Zusammenhang
0883/2022

7.2 Mündliche Mitteilungen

8 Anfragen aus früheren Sitzungen

8.1 Wie steht es um die politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Köln? - Beantwortung der Anfrage AN/0235/2022
0692/2022

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

10 Mitteilungen

11 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, bittet um Aufmerksamkeit für eine kleine formale Angelegenheit. Häufig würden in den Gremiensitzungen der Stadt die Ausschüsse mit Abkürzungen genannt, wie z.B. FiA oder SteA. Jeder wisse dann, was gemeint sei. Für diesen Ausschuss habe sich seit der Umbenennung in 2020 noch keine einheitliche Kurzform etabliert. Er habe mit einigen Ausschussmitgliedern gesprochen und habe die meiste Zustimmung für die Abkürzung „BAB“ erhalten, daher wolle er vorschlagen, dass man in der Zukunft diese einheitlich verwende. Es erfolgt allgemeine Zustimmung aus dem Ausschuss.

2 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Schaffung von Erholungsorten am Rheinufer (Az.: 02-1600-104/21) 2237/2021

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, bittet den Petenten seine Eingabe dem Ausschuss vorzustellen.

Der Petent von der Bürgerinitiative „Deutz familienfreundlich“ erläutert seine Eingabe. Entstanden sei die Eingabe während der Pandemie, es sei deutlich geworden, wie eng die Räume hier seien und welche Nutzungskonflikte es gebe. Man habe sich das gesamte Deutzer Rheinufer angesehen und möchte es aufwerten, in dem man diese Nutzungskonflikte entzerre. Es müsse mehr Platz geschaffen werden für spielende Kinder und unmotorisierte Verkehrsteilnehmer, was auch Bezug zum Lärmaktionsplan der Stadt Köln habe. Die Raserszene, die privaten Feiern mit der Müllproblematik und die parkenden Autos müssten gelenkt werden, das Tempo müsse auf 30 km/h gesenkt werden. Er sei nach dem Ortstermin zuversichtlich, da die hier besprochenen Kompromisse, die Eingang in den geänderten Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt gefunden hätten, eine Verbesserung bringen könnten.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, dankt dem Petenten und verweist auf den geänderten Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt, die nach dem Ortstermin vorgelegt und einstimmig beschlossen wurde. Herr Dr. Höver könne dazu berichten.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, bestätigt, dass die Vorlage in großen Teilen nicht im Sinne der Petenten war. Durch den Ortstermin, bei dem alle in der Innenstadt liegenden Bereiche am Rheinufer abgefahren wurden, konnten Vertreter der Bezirkes und des Ausschusses noch einmal in die Einzelheiten gehen und Potential herausholen. Diesen Änderungen wurde im Beschluss der BV Innenstadt einstimmig zugestimmt, während die BV Porz für ihre Bereiche der Vorlage der Verwaltung zugestimmt habe.

Herr Fischer, Grüne, bedankt sich für die umfangreiche Eingabe von „Deutz familienfreundlich“, aber auch für die ausführliche Prüfung der Verwaltung. Durch den konstruktiven Ortstermin sei es möglich gewesen die prinzipiellen Interessen der Peten-

ten, die Verkehre dort zu entzerren, mit den hilfreichen Hinweisen der Fachverwaltung in Einklang zu bringen. Diese seien in die geänderte Beschlussvorlage eingeflossen, wie auch einige bereits bestehende Beschlüsse der Bezirksvertretung, die das Deutzer Rheinufer als Erholungsort aufwerten sollen, aber bisher noch nicht umgesetzt worden seien. Für Fragen zu dem geänderten Beschluss stünde er gerne zur Verfügung und bittet um Zustimmung zu diesem Beschlussvorschlag der Grünen-Fraktion.

Herr Erkelenz, CDU, unterstützt mit seiner Fraktion den Änderungsbeschluss der Grünen. Er begrüßt es ausdrücklich, dass die Durchfahrt der Stadtrundfahrten zu den Orten des ehemaligen Konzentrationslagers auf dem Messegelände weiterhin möglich sein wird, um der Opfer zu gedenken.

Frau Bonk, SPD, schließt sich mit ihrer Fraktion dem Beschlussvorschlag der Grünen an.

Frau Röhrig, Linke, freut sich, dass nach dem Rundgang ein so positiver Vorschlag zustande gekommen sei und schließt sich dem vollumfänglich an.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, sieht eine breite Zustimmung zu dem Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt und kommt zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden dankt den Petent*innen für ihre Eingabe, macht sich den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt zu Eigen und beschließt:

- 1. Der Verkehrsausschuss möge beschließen: Das Kennedy-Ufer wird zwischen der Einmündung Charles-de-Gaulle-Platz und dem Übergang zum Rheinparkweg zur Einbahnstraße in südliche Fahrtrichtung. Vom Charles-de-Gaulle-Platz kommend wird die Zufahrt auf das Kennedy-Ufer in nördliche Richtung nur noch für den Radverkehr freigegeben.**
- 2. Der Verkehrsausschuss möge beschließen: An Samstagen, Sonn- und Feiertagen wird auf dem Kennedy-Ufer die Durchfahrt mittels versenkbarer Poller oder anderer geeigneter Mittel in Höhe der Einmündung Charles-de-Gaulle-Platz physisch gesperrt. Dabei ist zu gewährleisten, dass Busse zum Zweck von Stadtrundfahrten oder anderen touristischen Zwecken die Sperre passieren können.**
- 3. Der Verkehrsausschuss möge beschließen: Die bewirtschafteten Parkplätze in dem zur Einbahnstraße umgewidmeten Abschnitt des Kennedy-Ufers werden ersetzt durch Ladezonen, Behindertenparkplätze und Abstellzonen für Micro-Mobilität, Fahrräder und Lastenräder.**
- 4. Die Verwaltung wird aufgefordert, den einstimmigen Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt zur Vorlage 2890/2014 vom 27.08.2015 (!) schnellstmöglich umzusetzen. Dieser sieht vor, dass die Brunnenruine auf dem Charles-de-Gaulle-Platz entfernt wird und die dadurch entstehende Freifläche dem LVR als Parkplatz zur Verfügung gestellt wird. Im Gegenzug dafür räumt dieser die bisher als Parkplatz genutzte, am**

Rheinufer gelegene Fläche unmittelbar nördlich der Hohenzollernbrücke.

- 5. Der Verkehrsausschuss möge beschließen: In der Hermann-Pünder-Straße werden die Poller, die als Absperrung zum Rheinboulevard eingesetzt sind, vorgezogen auf Höhe der Vorfahrt des Hyatt-Hotels. Außerdem wird die Zufahrt in die Hermann-Pünder-Straße ab der Einmündung Kennedy-Ufer, also ab der Unterführung unter dem Hotel, in westliche Richtung für den MIV gesperrt. Das Teilstück zwischen Kennedy-Ufer und Einfahrt Hyatt-Hotel wird also zur Einbahnstraße mit dem Zusatz „Radverkehr frei“.**
- 6. Die Verwaltung wird aufgefordert, den einstimmigen Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt AN/0824/2019 vom 27.06.2019 schnellstmöglich umzusetzen. Dieser sieht vor, das gefährliche, ordnungswidrige Beparken der Platzfläche vor dem Caritas-Altenzentrum St. Heribert durch eine Schrankenanlage zu bestimmten Zeiten zu unterbinden.**
- 7. Die Verwaltung wird aufgefordert, den einstimmigen Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt AN/1685/2018 vom 06.12.2018 schnellstmöglich umzusetzen. Dieser sieht vor, die Lücken in der Asphaltierung der Deutzer Werft zu schließen, so dass Gefährdungen für den Radverkehr reduziert und die Nutzbarkeit der Platzfläche zu Freizeitwecken verbessert werden.**
- 8. Der Verkehrsausschuss möge beschließen: Die Deutzer Drehbrücke wird nach Abschluss der aktuellen Sanierungsarbeiten im Vorgriff auf die ohnehin im Rahmen des Projekts „Deutzer Hafen“ anstehende Umwidmung nicht wieder für den MIV, sondern nur noch für den Rad- und Fußverkehr freigegeben.**
- 9. Der Verkehrsausschuss möge beschließen: Die Alfred-Schütte-Allee wird zwischen Drehbrücke und Südbrücke in eine Fahrradstraße mit dem Zusatz „Kfz-Verkehr frei“ umgewidmet. Der auf dem Damm befindliche Gehweg bleibt weiterhin für den Radverkehr freigegeben.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Rad- und Fußgängerüberwege Innerer Grüngürtel (Az.: 02-1600-21/21) 2715/2021

Herr Derichweiler, Ausschussvorsitzender, kommt zur nächsten Bürgereingabe. Es gab zwei Ortstermine auf Bezirksebene in Lindenthal und Ehrenfeld. Die Bezirksvertretung Lindenthal sei mit der Verwaltungsvorlage gegangen, die Innenstadt habe einen geänderten Beschluss gefasst. Er gibt Herrn Dr. Höver, der den Ortstermin wahrgenommen hat, das Wort.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, bestätigt, dass man bei dem Termin in der Innenstadt einvernehmlicher Meinung gewesen sei und der Beschluss der Bezirksvertretung entsprechend vom Ausschuss übernommen werden könne.

Herr Wahlen, Grüne, versteht die Vorlage der Verwaltung, da den Kommunen in vielen Bereichen durch die Straßenverkehrsordnung die Hände gebunden seien. Aber besonders bei der Venloer Straße sehe er die Notwendigkeit, dass man hier noch einmal die Fußgängerüberwege prüfe. Seine Fraktion stimmt daher für den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt.

Frau Bonk, SPD, begrüßt, dass sich der Grüngürtel für die Fußgänger als Gürtel schließe und votiert mit ihrer Fraktion für den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt.

Frau Röhrig, Linke, schließt sich dem Votum der Bezirksvertretung Innenstadt an.

Herr Derichweiler, Ausschussvorsitzender, kommt zur Abstimmung, bei der sich der Ausschuss den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt zu Eigen macht.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für die Eingabe und beschließt wie die Bezirksvertretung Innenstadt: **Die Verwaltung wird beauftragt die Ampelanlage auf der Venloer Straße am östlichen Ende des inneren Grüngürtels durch einen FGÜ (Zebrastreifen) zu ersetzen. Zudem wird die Verwaltung gebeten auf der Venloer Straße östlich der Kreuzer Straße einen Fußgängerüberweg einzurichten, um die Wege nördlich und südlich des inneren Grüngürtels miteinander zu verbinden.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Bürgereingabe nach § 25 GO NRW ohne Verwaltungsvorlagen

3.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO - Rechte Fahrspur als Radspur auf der Luxemburger Straße - Aktenzeichen 177/21 B 0685/2022

Herr Derichweiler, Ausschussvorsitzender, bittet die beiden Petenten der Eingabe nach vorne, um ihre Anliegen darzulegen.

Der erste Petent führt aus, das Ziel der Eingabe sei die Luxemburger Straße sicherer und lebenswerter zu machen. Er sei Anwohner und fahre täglich dort mit dem Fahrrad. Die Luxemburger Straße sei auch für Radfahrer eine wichtige Verkehrsverbindung um zügig in die Innenstadt oder weiter westlich zu gelangen. Für Radfahrer sei sie lebensgefährlich, es gebe keinen Radweg, die rechte Spur sei regelmäßig zugeparkt, als Radfahrer müsse man regelmäßig auf die linke Spur ausweichen, dort werde man geschnitten, auf den beiden sehr engen Spuren gelte Tempo 50, was oft überschritten werde und es gebe Schwerlastverkehr. Aufgrund dieses „Angstkorridors“ weichen Radfahrer auf den Gehweg aus und gefährden Fußgänger. Es gebe viele Unfälle, auch einen tödlichen Dooring-Unfall im Jahr 2021. Er plädiert für die Abschaffung der Radspur und für die Einrichtung einer Fahrradstraße auf der rechten Spur mit einem Sicherheitsabstand zu den parkenden Autos, was bereits von der Bezirksver-

tretung Lindenthal so beschlossen worden sei. Außerdem fordert er die Einrichtung von Ladezonen und die Einführung von Tempo 30.

Der zweite Petent erläutert, dass er auf der Luxemburger Straße wohne. Er könne nur mit geschlossenen Fenster und Ohropax einschlafen, bei hohen Temperaturen sei dies unerträglich. Bei Altbauten hätten die Fenster oft keine Schallisolierung, die Anwohner müssten ihre Wohnungen mit viel Geld umrüsten, um dort zu leben, weil die Kraftfahrzeuge mit 50 km/h durch ein Wohngebiet führen und eine dauerhafte Lärmbelastung seien. Die Luxemburger Straße sei Wohngebiet für viele tausend Kölner. Lärmbelastung verursacht Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Bluthochdruck und Tinnitus. Eine Senkung der Höchstgeschwindigkeit von 50 auf 30 km/h würde den Lärm um 50 % reduzieren. Er frage sich, warum man diese hohe Feinstaubbelastung in der Stadt hinnehme. Auch im Jahr 2020, als der Verkehr pandemiebedingt reduziert gewesen sei, sei die Feinstaubbelastung an der Luxemburger Straße über die zulässigen Grenzwerte gestiegen. Die Luxemburger Straße sei keine Stadtautobahn, sie sei Lebensader für alle, die an ihr wohnen. Er fordere eine eigene Fahrradstraße, Tempo 30 und eine menschenfreundliche Gestaltung der Luxemburger Straße.

Herr Derichweiler, Ausschussvorsitzender, gibt für die Verwaltung Herrn Dr. Höver das Wort.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, spricht für die Verwaltung und erläutert, dass der Rat am 24.6.2021 die Verwaltung beauftragt hat ein neudefiniertes Grundnetz für den motorisierten Individualverkehr auszuarbeiten. Ein wichtiger Beschluss im Sinne der Verkehrswende, der vorsieht den motorisierten Verkehr in einem Grundnetz auf bestimmten Straßen zu bündeln und die übrigen Straßen vorrangig dem Umweltverbund (ÖPNV, Fuß- und Radverkehr) vorzubehalten. Dieses zentrale Thema muss zunächst geprüft werden, um zu klären, welche Rolle die Luxemburger Straße in diesem Grundnetz haben werde. Ziel ist es dem motorisierten Individualverkehr in der Stadt weniger Raum zu geben, um gesamtstädtisch die Aufenthaltsqualität zu verbessern. Hierzu kommt eine umfangreiche Vorlage, in deren Rahmen auch diese Bürgereingabe angeschaut wird und die über die Bezirksvertretungen, den Verkehrsausschuss in den Rat gehen wird. Um den Petenten ihr Rederecht zu geben, wurde ihre Eingabe bereits heute ohne Verwaltungsvorlage auf die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt.

Herr Derichweiler, Ausschussvorsitzender, betont, dass er es für wichtig hält, die Petenten anzuhören, bevor die Vorlage erstellt werde, um deren Anliegen politisch zu bewerten und einzubringen. Er bittet um Wortmeldungen.

Herr Wahlen, Grüne, stellt fest, dass für den Ausbau der Radmobilität in Köln die Fahrradstraßen ein beliebtes Mittel seien, weil sie schnell funktionierten. Da man hier die Straßen dem motorisierten Individualverkehr wegnähme, gebe es immer Verlagerungseffekte. Auf den Ringen gebe es jetzt tatsächlich 15 % weniger Verkehr, der sich auch nicht auf andere Straßen verlagert habe. Auf der Luxemburger Straße habe man im letzten Jahr täglich 25.000 KFZ gezählt, hier müsse man auf jedem Fall mit einem Verlagerungseffekt in Richtung Berrenrather Straße rechnen. Die Berrenrather Straße eigne sich jedoch wesentlich besser für die Nutzung von Rad- und Fußverkehr und soll dahingehend ausgebaut werden. Er erwarte hier die Prüfung des MIV-Grundnetzes und schlägt daher folgenden Beschluss vor: *Der Ausschuss dankt dem Petenten für die Eingabe und bittet die Verwaltung, unter Berücksichtigung des Ratsbeschlusses zur Definition des Grundnetzes für den motorisierten Individualverkehr (MIV) vom 24.06.2021 (AN/0566/2021) die Luxemburger Straße in eine Prüfung für Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit mit einzubeziehen.*

Herr Erkelenz, CDU, entnimmt den Aussagen von Petenten und Verwaltung, das es auf der Luxemburger Straße echten Handlungsbedarf gibt. Diese Veränderungen können aber nicht von heute auf morgen geschehen und daher stimmt seine Fraktion dem Vorschlag der Grünen zu.

Frau Bonk, SPD, kann die Petenten sehr gut verstehen, da sie selbst auf der Luxemburger Straße gegenüber dem Weisshaus wohnt. Viele Radfahrer würden auf die Berrenrather ausweichen, weil sie mehr Platz böte. Allerdings stünde der seit langem beschlossene Ausbau der Berrenrather Straße immer noch aus. Außerdem verweist sie auf die Großbaustelle am Militärring, an der sich teilweise der Verkehr zurückstaut bis auf die Autobahn, was sehr gefährlich sei. Sie würde gerne dem Vorschlag der Grünen zustimmen, allerdings unter Berücksichtigung des Ausbaus der Berrenrather Straße und der Großbaustelle am Militärring. Sie bittet um Auskunft, wann der Ausbau der Berrenrather Straße umgesetzt werden soll.

Herr Derichweiler, Ausschussvorsitzender, wird die Ergänzung von Frau Bonk in den Beschluss aufnehmen und die Frage nach der Umsetzung des Ausbaus zu Protokoll geben.

Frau Röhrig, Linke, stimmt für ihre Fraktion dem Vorschlag der Grünen zu.

Herr Kreische, Klimafreunde, fragt, ob für die Verwaltungsvorlage, die in den Rat gehe, auch die Einführung von Tempo 30 geprüft werde. Er bittet dies mit aufzunehmen.

Herr Dr. Höver erklärt, dass im Ratsbeschluss zum Grundnetz MIV die Prüfung der Geschwindigkeitsbegrenzung nicht vorgesehen sei, da es dafür rechtliche Bestimmungen und Ratsbeschlüsse gebe. Die Verwaltung versuche entsprechend Tempo 30 einzusetzen, wo es möglich sei.

Herr Derichweiler, Ausschussvorsitzender, kommt zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss dankt dem Petenten für die Eingabe und bittet die Verwaltung, unter Berücksichtigung des Ratsbeschlusses zur Definition des Grundnetzes für den motorisierten Individualverkehr (MIV) vom 24.06.2021 (AN/0566/2021) die Luxemburger Straße in eine Prüfung für Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, der Reduzierung von Lärm und Schadstoffen unter der Berücksichtigung der Situation in der Berrenrather Straße und der Großbaustelle am Militärring mit einzubeziehen. Das Ergebnis der Prüfung soll dem Verkehrsausschuss und der Bezirksvertretung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von Herrn Wande (FDP).

3.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO - "Bahnsteigverlängerung Linie 13" Aktenzeichen 15-22 B 0683/2022

Herr Derichweiler, Ausschussvorsitzender, bittet den Petenten, der für den VCD die Bürgereingabe vorstellt, nach vorne.

Der Petent führt aus, dass am 14.12.2021 die Bahnsteigverlängerungen für die Linien 13, 4 und 18 im Rat beschlossen wurden. Die Bahnsteige würden dann eine Länge von 60 m haben und die Kapazität würde um 20 % gesteigert. Die Kapazitätserweite-

rung sei für die Verkehrswende von großer Bedeutung. Es bedürfe aber eines besseren Netzes, daher schliege man für die Linie 13 den Fünf-Minuten-Takt vor, was zu kürzeren Wartezeiten und kürzeren Fahrzeiten von durchschnittlich 5 Minuten führen würde. Die Züge wären leerer und schneller am Ziel und es wäre für die Menschen attraktiver vom Auto in die Bahn zu steigen. Der Linie 13 als Tangentialverbindung komme eine besondere Bedeutung zu. Sie könne mit einer engeren Taktung die Innenstadt entlasten, da sie als Umsteigeverbindung attraktiver würde. Außerdem könne hier eine neue Bahnlinie auf einer vorhandenen Trasse fahren, für die man wenig ausbauen müsse. Die Bedeutung der Gürteltrasse ist hier hervorzuheben. Auf der Ost-West-Achse könne man den Takt nicht mehr verdichten, während auf der Linie 13, auf der pro Stunde nur 6 Bahnen fahren, man das ohne weiteres umsetzen könne. Darüber hinaus würden die Stadtteile besser miteinander vernetzt. Es würde die Notwendigkeit in der Innenstadt umzusteigen verringern und sie somit entlasten. Eine Kapazitätserweiterung der Gürtellinie um 100 % entspräche nicht den Bedürfnissen der Menschen, wie die Stadtverwaltung im 3. Nahverkehrsplan NRW argumentiert, s. Vorlage 3428/2021. Die aktuelle Kapazitätserweiterung möge heute reichen, aber würde sie das auch in der Zukunft? Wenn heute Planungen umgesetzt würden für heutige Bedürfnisse, aber in naher Zukunft mehr Menschen die Bahnen nutzen würden, würde man wieder Jahre warten müssen, bis neue Kapazitäten ausgebaut würden. Es werde seitens der Verwaltung argumentiert, dass ein Ausbau der Linie 13 im Rechtsrheinischen zu massiven Problemen führen würde. Dies gelte, wenn man den erhöhten Takt von der Endhaltestelle der Linie 13 aus betrachte, wenn man allerdings ein weiteres Wendegleis auf Höhe der Herler Straße baue, würden zwischen Herler Straße und Slabystraße stündlich 24 Bahnen verkehren, was ein guter Takt sei. Ein 5-Minutentakt auf der Linie 13 wäre mit relativ kleinem Aufwand machbar und hätte große Auswirkung auf das Verkehrsnetz der KVB. Er bitte den Ausschuss für Zustimmung zu diesem Beschluss.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender bittet Herrn Höhn von der KVB nach vorne.

Herr Höhn, KVB, führt aus, dass die KVB sich über mehr Fahrgäste freue und ein adäquates Angebot für jeden Kölner Bürger schaffen wolle. Er sieht sich mit Aussagen konfrontiert, die er richtig stellen möchte. Es sei nicht unmöglich, die Linie 13 in 5-Minutentakt fahren zu lassen, aber man müsse sich anschauen welcher Umbau dafür erforderlich sei. Vor dem Hintergrund der Haushaltssituation dieser Stadt müsse man die Kosten und Nutzen dieses Ausbaus mit der Nutzung anderer Stadtbahnlinien vergleichen. Man müsse dann den Fahrgästen auf der Linie 4, die mit 80.000 pro Werktag doppelt so viel Fahrgäste habe wie die Linie 13, erklären, warum man die Linie 13 doppelt so häufig fahren lasse. Außerdem sei der Umbau in Buchheim nicht so einfach, wie er hier dargestellt würde. Dort gebe es eine dreigleisige Haltestelle, dahinter eine zweigleisige Wendeanlage, auf der die Bahnen der Linie 18 aus Bonn kommend enden und die im Vorgebirge sehr lange eingleisige Abschnitte habe. Es gebe keinen Spielraum, um ohne Aufwand zusätzliche Bahnen einzusetzen. Man könne den 5-Minutentakt umsetzen, was aber bedeuten würde, man bräuchte in Buchheim eine viergleisige Haltestelle und die Züge müssten bis Holweide fahren. Auch die Wendeanlage, die teilweise auf einer gesondert dafür gebauten Brücke liege, müsse man erweitern. Das Genehmigungsverfahren und die Kosten dafür seien sehr aufwendig. Die Taktverdichtung sei sinnvoll auf den Linien 1, 15 und 18, auf der dreimal so viele Fahrgäste unterwegs seien als auf der Linie 13. Im Rahmen der „Roadmap“, dem Ausbauprogramm, auf das sich die Stadt verständigt habe und das im Verkehrsausschuss und im Rat beschlossen worden sei, sollen schnell umsetzbare Maßnahmen vorgezogen werden, bei den Kosten und Nutzen im vernünftigen Verhältnis stünden.

Hier seien sechs Maßnahmen aufgesetzt, u.a. die längeren Züge, die ein kürzeres Genehmigungsverfahren und weniger Investitionen in die Züge benötigten und weniger laufende Personalkosten hätten. Das Thema Kapazitätserweiterung werde weiterhin bearbeitet, er möchte jedoch erstmal die Dinge anpacken, die einfacher und kostengünstiger umzusetzen seien. Die Verlängerung der Züge sei ein vernünftiger erster Schritt, der vom Rat mitgegangen wurde, der nächste Schritt könne zu gegebener Zeit gegangen werden.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, stellt fest, dass sich die Aussagen der KVB mit denen des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung decken. Es sei für das dritte Quartal 2022 eine Vorlage zum Prüfauftrag „Taktverdichtung der Linie 13“ geplant, die dann in den Verkehrsausschuss und den Rat gehe.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, bittet um Wortmeldungen des Ausschusses und fragt, ob der Ausschuss hier einen Beschluss fassen möchte.

Herr Wahlen, Grüne, stellt fest, dass der 5-Minutentakt der Straßenbahnen natürlich das attraktivste und erstrebenswerteste im öffentlichen Nahverkehr ist. Leider sind in Köln weder die finanziellen noch die personellen Ressourcen dafür ausreichend vorhanden. Daher soll für die Linie 13 zunächst eine Kapazitätserweiterung durch Verlängerung geschaffen werden, er würde jedoch gerne eine Taktverdichtung in den Stoßzeiten prüfen lassen, denn gerade in diesen Zeiten wäre der Bedarf und der Nutzen für die Fahrgäste besonderes groß. Er schlägt im Namen seiner Fraktion vor folgendes zu beschließen: *„Der Ausschuss dankt dem Petenten für die Eingabe. Die Verwaltung wird beauftragt die Prüfung der möglichen Taktverdichtung in Stoßzeiten vorzunehmen. Das Ergebnis der Prüfung soll in das weitere Verfahren einfließen.“*

Herr Erkelenz, CDU, schließt sich dem Vorredner an. Da offensichtlich der Ausbau nicht so einfach ist wie dargestellt, stimmt seine Fraktion einer Prüfung von Kosten und Nutzen der Umstellung auf den 5-Minutentakt zu Stoßzeiten auf der Linie 13 zu.

Frau Bonk, SPD, stimmt für ihre Fraktion dem Beschlussvorschlag der Grünen zu.

Frau Krolow, Linke, hat Verständnis für die Bedenken aufgrund der Kosten und des Personals, befürworte grundsätzlich aber den 5-Minutentakt, da sie selber viel mit den ÖPNV fahre und es sinnvoller sehe, in eine volle Bahn steigen als länger zu warten. Sie schlägt vor das Geld für die Bahnsteigverlängerung in den Ausbau für die Taktverdichtung zu stecken und geht bei dem Beschluss zum Prüfauftrag mit.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, wiederholt den Beschlussvorschlag von Herrn Wahlen und kommt zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss dankt dem Petenten für die Eingabe. Die Verwaltung wird beauftragt die Prüfung der möglichen Taktverdichtung in Stoßzeiten vorzunehmen. Das Ergebnis der Prüfung soll in das weitere Verfahren einfließen und dem Verkehrsausschuss und den betroffenen Bezirksvertretungen vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung von Herrn Wande (FDP).

4 Vorlagen der Verwaltung

5 Anträge

5.1 Schriftliche Anträge

6 Anfragen

6.1 Schriftliche Anfragen

**6.1.1 Das Tor zur Kommunalpolitik: Wann wird das Ratsinformationssystem endlich benutzer*innenfreundlicher?
AN/0577/2022**

**Beantwortung zur Anfrage AN/0577/2022 der SPD-Fraktion vom
09.03.2022
0880/2022**

Frau Bonk, SPD, bedankt sich bei der Verwaltung für die rasche Beantwortung der Anfrage und bittet um Weiterleitung an den Ausschuss für Digitales.

Zur Kenntnis genommen.

7 Mitteilungen

7.1 Schriftliche Mitteilungen

**7.1.1 Systematische Öffentlichkeitsbeteiligung
2. Ausbaustufe Dezernat für Mobilität
0011/2022**

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, bittet Frau Pitko für die Erläuterung der Mitteilung nach vorne.

Frau Pitko, Büro für Öffentlichkeitsbeteiligung, erläutert, dass im Rat 2020 die „Leitlinien für Systematische Öffentlichkeitsbeteiligung der Stadt Köln“ beschlossen wurden. Diese sehen vor, dass der Ersteller einer Beschlussvorlage prüft, ob es für dieses Thema der Öffentlichkeitsbeteiligung bedarf. Jede Vorlage soll durch eine solche Prüfung ergänzt werden. In der ersten Ausbaustufe für systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung ab 1.1.2021 wurde dies auf alle Vorlagen angewandt, die in den Verkehrsausschuss gegangen sind. In der zweiten Ausbaustufe ab 1.9.2022 ist diese Prüfung für alle Vorlagen, die ein Mobilitätsthema beinhalten, vorgesehen, auch wenn sie in anderen Gremien beraten werden, wie etwa in den Bezirksvertretungen.

Herr Fischer, Grüne, bittet diese Mitteilung den Bezirksvertretungen zur Kenntnis zu geben.

Zur Kenntnis genommen.

**7.1.2 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2022"
4449/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**7.1.3 Liste offener Bürgereingaben gem. § 24 GO NRW für den Ausschuss
0686/2022**

Zur Kenntnis genommen.

**7.1.4 Schülerfahrtkostenverordnung NRW
0752/2022**

Zur Kenntnis genommen.

**7.1.5 Beratung einer Bürgereingabe 3967/2021 gem. § 24 GO NRW aus dem
Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden vom
06.12.2021 "Testpflicht für KITAS"
4466/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**7.1.6 Mitteilung über das Bauleitplanverfahren „Östlich Reitweg“ in Köln-
Deutz und die Baumfällungen in diesem Zusammenhang
0883/2022**

Herr Derichweiler, Ausschussvorsitzender, fragt, ob es Wortmeldungen zu dieser Mitteilung gibt.

Herr Kreische, Klimafreunde, fragt, wie viele Bäume insgesamt gefällt werden sollen.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, führt aus, dass man die Bezirksvertretung Innenstadt letztes Jahr über die Fällung von Bäumen auf dem Campus der TH Deutz informiert habe. Im Rahmen eines Ortstermins sei dann die Zahl von 600 genannt worden. Daraufhin habe es eine aktuelle Stunde in der Bezirksvertretung gegeben. Im Laufe des Bauvorhabens, das etliche Jahre dauern werde, würden immer wieder einzelne Fällgenehmigungen erteilt. Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW betreue das Projekt und werde immer wieder über den neuesten Sachstand informieren.

Herr Fischer, Grüne, stimmt zu, dass die Zahl von 600 Bäumen niederschmetternd sei. Es handele sich z.T. auch um kleine Bäume und Sträucher, die nicht unter die Baumschutzsatzung fallen würden- alles sei mitgezählt worden und dennoch sei es schmerzhaft. Der Landesbetrieb habe der Bezirksvertretung Innenstadt das Projekt vorgestellt, man plane ein ökologisches Vorzeigeprojekt, was ein kleiner Trost sei. Die Kommune habe hier leider keine Handhabe- „Baurecht breche Baumrecht“.

Zur Kenntnis genommen.

7.2 Mündliche Mitteilungen

8 Anfragen aus früheren Sitzungen

**8.1 Wie steht es um die politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Köln? - Beantwortung der Anfrage AN/0235/2022
0692/2022**

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, fragt, ob die Ausschussmitglieder bei dieser sehr kurzfristig nachgereichten Mitteilung die Zeit hatten, diese durchzugehen. Es sei in Rücksprache mit der SPD überlegt worden sich diesem Thema im Ausschuss etwas ausführlicher zu widmen und die entsprechenden Stellen dazu einzuladen ihre Arbeit vorzustellen. Dies könne in einer der nächsten Sitzungen stattfinden.

Frau Bonk, SPD, bedankt sich für die Antwort auf ihre Anfrage und wiederholt den Wunsch dieses Thema bei einer der kommenden Ausschusssitzungen zu genauer zu erläutern.

Zur Kenntnis genommen.

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

10 Mitteilungen

11 Anfragen

gez. Max Derichsweiler
Ausschussvorsitzender

gez. Julia Möller
Schriftführung